



Newsletter 05/23, 31. Mai 2023

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland ist auf dem Weg in eine Rezession und die Bundesregierung ist nur mit sich selbst beschäftigt. Mittlerweile liegen über 30 Gesetzesinitiativen auf Eis, weil sich die Ampel-Koalition nicht einigen kann. Das Gebäudeenergiegesetz stellt aktuell das deutlichste Beispiel für die Ampel-Politik der Selbstbeschäftigung dar.

Der Streit in der Ampel um die Wärmewende ist ein Trauerspiel. Das Gesetz wurde in der letzten Sitzungswoche nicht im Parlament beraten, weil sich die Regierungskoalition selbst nicht einig ist. Nach wie vor sind wichtige Fragen unbeantwortet: Warum wird auf die Wärmepumpe verengt und nicht andere klimafreundliche Lösungen wie Biomasse oder Holzpellets einbezogen? Wie geht es mit den Förderungen weiter? Wie soll ein sozialer Ausgleich stattfinden? Wie soll alles finanziert werden? Der Entwurf für das Gebäudeenergiegesetz wurde ohne Förderkulisse vorgestellt. Förderprogramme wurden zudem im letzten Jahr mehrfach gestoppt, geändert, gekürzt. Planungssicherheit für Handwerk und Industrie, für Mieterinnen und Mieter, Eigentümerinnen und Eigentümer sieht anders aus. Denn betroffen sind nach Aussage - der Bundesregierung - allein im kommenden Jahr rund vier Millionen Öl- und Gasheizungsanlagen.

Als Union wollen wir eine Wärmewende, die mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger gelingt: Einseitig auf die Wärmepumpe zu setzen, führt in die energiepolitische Sackgasse. Wir brauchen neben der Wärmepumpe die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen – von Wasserstoff über Holzpellets bis hin zu Wärmenetzen. Für diese Alternativen schraubt die Regierung die Anforderungen jedoch unerfüllbar hoch. Die Wärmewende wird nur zum Erfolg, wenn für jedes Haus die individuell beste Lösung ermöglicht wird und bei der Umsetzung keine finanziellen Überforderungen entstehen. Auch brauchen wir keine Hauruck-Politik, sondern fließende Übergänge, die die Menschen mitnehmen.

Was die beste Technologie für ein Haus ist, kann nicht am grünen Tisch des Wirtschaftsministers in Berlin beantwortet werden, sondern nur individuell nach guter Beratung vor Ort. Nicht der Staat darf eine Technologie vorgeben. Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer müssen selbst über den Weg zur ökologischen Wärme entscheiden. Die Wärmewende muss für die Menschen und Handwerksbetriebe mach- und leistbar sein.

Wir brauchen echte Technologieoffenheit und wollen dafür die Potentiale aller klimafreundlichen Heizlösungen nutzen. Diese Technologieoffenheit muss von einer transparenten und sozial gestaffelten Förderkulisse flankiert werden.

Aktuell wird intensiv ein „Heizungskompromiss“ gesucht. Der grüne Wirtschaftsminister zeigt sich plötzlich bei wichtigen Stellschrauben gesprächsbereit, denn er will das Gesetz noch vor der Sommerpause durchzubringen. Die Ampel-Regierung braucht offensichtlich ein Erfolgserlebnis, denn die Umfragewerte der Koalition sinken weiter.

Als Opposition im Bundestag halten wir mit guter Sachpolitik, Vorschlägen und Anträgen dagegen – vieles davon fließt schließlich in die Gesetzesentwürfe als Änderungen mit ein, auch wenn Anträge von uns von der Regierungskoalition reflexartig abgelehnt werden.

Ich sehe das dennoch als Erfolg – auch wenn es nicht immer sichtbar ist.

Ihre





Meine 15. Rede im Bundestag

Meine 15. Rede im Plenum des Deutschen Bundestages hielt ich Freitagmorgen 9 Uhr zur sog. „Prime time“ direkt im Anschluss an die Rede von Bundesminister Dr. Karl Lauterbach zum „Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz (PUEG)“ der Bundesregierung. Die breite Rezeption meiner Rede in den Medien (u.a. ARD, ZDF, SWR, Deutschlandfunk, NZZ, Frankfurter Allgemeine Zeitung) machte die Position der Unions-Fraktion im Bundestag deutlich: Der Minister und die Ampel-Koalition haben mit ihrem Gesetzesentwurf die Chance zu einem großen Wurf verpasst: Eine gute Pflegereform, die die Pflegestärkungsgesetze der letzten Unions-geführten Legislaturperioden weiterentwickelt. Doch das, was vorgelegt wurde, ist keine Reform, sondern „ein dürftiges Auf-Sicht-fahren“.

Die Pflege ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen. Sie betrifft uns alle: wir werden alle einmal alt und stellen uns die essentielle Frage wie wir das Alter erleben und wie und wer uns eventuell pflegen kann oder muss. Und wir haben alle ältere Familienmitglieder für die wir mit verantwortlich sind.

Wir erkennen positiv an, dass das von der Union geforderte flexibel nutzbare Entlastungsbudget für pflegende Angehörige, das im ersten Entwurf nicht enthalten war, nun doch aufgenommen wurde: die Leistungen für die Kurzzeit- und die Verhinderungspflege werden zusammengelegt. Nicht akzeptabel ist jedoch, dass es für die meisten pflegenden Angehörigen erst in zwei Jahren kommt. Und zwar im Juli 2025! Kurz vor der nächsten Bundestagswahl - ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Die pflegenden Angehörigen sind der größte Pflegedienst der Nation, der dringend auf Entlastung und kleine Auszeiten angewiesen ist. Auch angesichts des Fachkräftemangels in der professionellen Pflege können wir es uns einfach nicht leisten, dass pflegende Angehörige aufgeben.

Hinzu kommt: Die geplante ohnehin schon sehr bescheidene Dynamisierung der Pflegeleistungen fällt noch magerer aus: Die Beträge dafür sollen ab dem Jahr 2025 nicht um fünf Prozent, sondern nur um 4,5 Prozent steigen. Das zusätzliche Geld fürs Entlastungsbudget wird quasi den Pflegebedürftigen bei den Pflegeleistungen wieder

entzogen. Ein Inflationsausgleich ist nicht im Ansatz enthalten. Eine in die Zukunft gerichtete nachhaltige Lösung sieht anders aus!

Herr Minister Lauterbach kündigt bereits jetzt schon an, dass er die Finanzierung der Pflegeversicherung nochmal gesondert mit einer großen Lösung angehen will. Er gibt damit zu, dass das Gesetz nicht tragfähig ist und vertröstet auf eine spätere Lösung. Das haben wir nun schon öfter bei Gesetzen aus der Feder von Herrn Lauterbach gehabt. Eine wirkliche Pflegereform braucht ein nachhaltiges, generationengerechtes Konzept!

Die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts nach einer stärkeren Differenzierung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung je nach Kinderzahl hätte die Bundesregierung schon vor einem Jahr ausräumen können. Dann hätten die gestalterischen Punkte nicht mit Handlungsdruck übers Knie gebrochen werden müssen.

Wir begrüßen, dass die Koalition die Modellvorhaben zur Förderung von Unterstützungsmaßnahmen für Pflege im Quartier wieder ins Gesetz aufgenommen hat. Darin liegt großes Potential, wenn wir der Pflege im Alter eine Zukunft geben wollen.. Denn die Kommunen sehen vor Ort wohnortnah den Handlungsbedarf und können zielgerichtet Konzepte entwickeln und umsetzen wie präventive Hausbesuche, Gesundheitsförderung von pflegebedürftigen Menschen im Haushalt oder neue Wohnformen. In unserem Änderungsantrag hatten wir allerdings 50 und nicht 30 Millionen für angebracht gehalten, um regionalspezifische Modellvorhaben zu unterstützen.

Alles in allem: die Ampel-Koalition bleibt weit hinter den Ankündigungen aus ihrem Koalitionsvertrag zurück und setzt eigene Ziele des Koalitionsvertrags nicht um. Ein gelungenes Gesetzesvorhaben sieht anders aus.

Hier können Sie das Video meiner Rede ansehen: <https://youtu.be/X7gPU9Md5K0>

Diana Stöcker



Meine 14. Rede begründete den Antrag der Unionsfraktion „Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Long- und Post-COVID sowie Post-Vac-Syndrom jetzt verbessern – Gesundheitliche Pandemiefolgen ernst nehmen“.

Damit die Krankheit ein persönliches Gesicht und eine Stimme erhalten sollte, habe ich nach Absprache mit der erkrankten Kalea und ihren Eltern, stellvertretend für alle Kinder und Jugendlichen, die an Long Covid, Post-Covid und der besonders schweren Form ME/CFS erkrankt sind, die Erfahrungen aus der Perspektive dieser Jugendlichen in meiner Rede schildern dürfen.

Kalea ist 14 Jahre alt und seit zwei Jahren nach zwei Coronainfektionen an ME/CFS erkrankt, der Myalgischen Enzephalomyelitis, dem Chronischen Fatigue-Syndrom.

Seit über einem Jahr kann sie nicht zur Schule gehen. An guten Tagen kann sie im Bett sitzen, malen, etwas lesen. An schlechten Tagen müssen sie ihre Eltern durch die Gegend tragen, da sie dann keine Kraft zum Stehen und Laufen hat. Sie müssen ihr beim Essen und Trinken helfen. Oft ist es zu anstrengend, den leise geschilderten Erzählungen ihrer Geschwister zuzuhören. Sie verlässt die Wohnung kaum, wenn, dann nur im Rollstuhl. Die Eindrücke der Natur und Außenwelt können eine Zustandsverschlechterung herstellen. Daher baut sie in Gedanken oft Luftschlösser. Sie mag die Abhängigkeit nicht, immer auf andere angewiesen zu sein. Ihr Tag-Nacht-Rhythmus ist verschoben. Sie schläft schwer und spät ein.

Für diese Kinder und Jugendlichen und die vielen zuvor oft sozial aktiven, im Erwerbsleben stehenden Erwachsenen haben wir von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag mit folgenden Forderungen an die Bundesregierung formuliert:

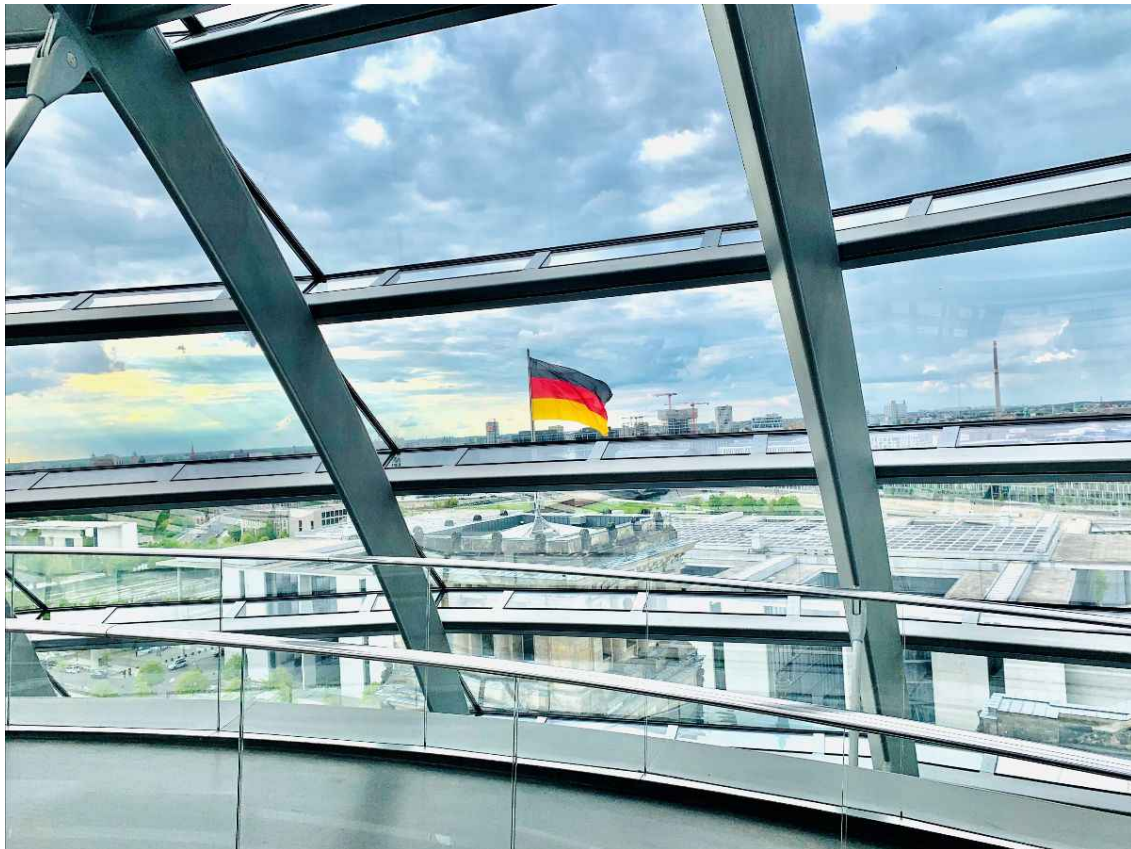
- Wir brauchen mehr Therapieforschung. Mittel müssen dauerhaft im Haushalt verankert werden, Bund und Länder müssen zusammenarbeiten.
- Betroffene brauchen eine ganzheitliche Diagnostik und Therapie, vergleichbar mit anderen chronischen Krankheiten.
- Wir brauchen mehr Informations- und Fortbildungsangebote und gezielte Aufklärung für medizinisches Personal.
- Wir brauchen eine zentrale Koordinierungsstelle für all diese Maßnahmen.
- Für die bestehenden Selbsthilfegruppen und Vereine braucht es weitere Unterstützung, um den persönlichen Austausch und das Teilen der Erfahrungen mit anderen Betroffenen zu fördern.

Ich zitierte aus einer Mail von Kalea an mich: „Ich habe es satt, nicht in die Schule zu können, in die ich sehr gerne wieder gehen würde. Ich habe es satt, nicht mit meinen Geschwistern herumtollen, schwimmen oder klettern zu können. Ich habe es satt, dass die Ärzte und Wissenschaftler nicht endlich mal ein Heilmittel finden, was die Hölle, die ich jeden Tag durchlebe, verschwinden lässt. Ich habe es satt, dass die Politiker nicht mehr Verständnis für diese Krankheit haben.“

Schließlich forderte ich die Abgeordneten auf, Kalea durch ihre Zustimmung zu dem Unionsantrag zu zeigen, dass die Politik Verständnis für sie hat und auch Kindern wie ihr helfen will.

Hier finden Sie der Link zu meiner Rede: <https://youtu.be/X7gPU9Md5K0>

Diana Stöcker



Plenarwoche vom 22. bis 26. Mai

Das waren weitere Themen in der Sitzungswoche:

Nationale Sicherheitsstrategie weiter auf der Wartebank

Eigentlich wollte die Bundesregierung die Nationale Sicherheitsstrategie letzten Mittwoch im Kabinett beschließen. Die zuständigen Bundesminister sollten unmittelbar im Anschluss in den Ausschüssen des Bundestags die Strategie vorstellen. Diese Pläne sind nun erneut abgesagt. Wieder einmal konnte sich die Ampel nicht einigen, wieder einmal hat die Bundesregierung den selbst gesetzten Zeitplan gerissen. Der Bundeskanzler lässt Führung in dieser strategischen Frage vollständig vermissen – ein Muster, das wir leider auch in anderen wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Zusammenhängen bereits kennen. So fährt der Bundeskanzler nach Hiroshima zum G7-Gipfel, ohne eine Nationale Sicherheitsstrategie, ohne eine China-Strategie.

Tag des Grundgesetzes als jährlichen nationalen Gedenktag aufwerten

Am Tag des Grundgesetzes setzten wir uns mit einer von uns geforderten Debatte im Plenum dafür ein, den 23. Mai als jährlichen nationalen Gedenktag aufzuwerten. Gerade in Zeiten einer zunehmenden Polarisierung und Fragmentierung unserer Gesellschaft können das Grundgesetz als unsere Verfassung und Patriotismus als verbindendes Band starke Integrations- und Identifikationspotentiale zum Wohle von Staat und Gesellschaft entfalten. Diese Potentiale sollten auf keinen Fall den gesellschaftlichen Rändern überlassen werden. Patriotismus trägt zudem zum Erhalt und zur Stabilisierung unseres Gemeinwesens bei.

Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren an Brücken auf Bundesfernstraßen

Eine weitere Initiative war unser Entwurf für ein Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren an Brücken auf Bundesfernstraßen, der in abschließender zweiter und dritter Lesung beraten wurde. Trotz der in den letzten Jahren getroffenen Maßnahmen Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, sind wir noch nicht so schnell, wie es nötig wäre. Das liegt insbesondere daran, dass Änderungen an Bundesfernstraßen in der Regel planfeststellungsbedürftig sind und die Bauarbeiten viel Zeit in Anspruch nehmen. Das Verfahren wird zudem durch die (unionsrechtlich) vorgegebene Umweltverträglichkeitsprüfung verlängert. Der gesetzgeberische Handlungsbedarf für eine Beschleunigung der Sanierung von modernisierungsbedürftigen Bundesfernstraßen ist deshalb nach wie vor groß. Aufgrund vieler sanierungsbedürftigen Autobahnbrücken ist ein Anstieg von Streckensperrungen zu erwarten. Ziel des Gesetzes ist, das Genehmigungsverfahren sowie die Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen erheblich schneller zu durchlaufen als dies nach aktueller Rechtslage möglich ist und so zu einer zügigen Sanierung und Instandhaltung der Bundesfernstraßen zu gelangen.



Plenarwoche vom 8. Mai bis 14. Mai

Das waren Themen in der Sitzungswoche:

Zu wenig, zu spät! Migrationspolitik der Ampel-Regierung ist ungenügend

Die Maßnahmen, die Bundeskanzler Scholz zur Unterstützung der Kommunen vorschlägt, sind völlig unzureichend: Kaum Begrenzung des irregulären Zuzugs, keine schnelle Entlastung der Kommunen, keine weiteren Zusagen für eine langfristig planbare finanzielle Unterstützung. Weil die Ampelregierung zu langsam oder gar nicht handelt, fordern wir kurzfristig wirksame Maßnahmen für eine Begrenzung des irregulären Zuzugs nach Deutschland.

Dafür braucht es jetzt europäisch notifizierte, lageangepasste Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz, solange die zu hohe Zahl illegaler Einreisen anhält.

Gemeinsam mit den Staaten und Institutionen der Europäischen Union brauchen wir zudem kurzfristig konkrete Maßnahmen für einen deutlich effektiveren EU-Außengrenzschutz. So können wir eine spürbare Reduzierung der irregulären Migration in die EU erreichen und den binnengrenzkontrollfreien Schengenraum als eine der zentralen Errungenschaften der europäischen Integration erhalten.

Es braucht zudem langfristig planbare und über die bereits zugesagten Pauschalen hinausgehende finanzielle Unterstützung des Bundes für die Kommunen. Solange der Bund die irreguläre Migration nicht effektiv begrenzt und steuert, muss er mindestens die

vollständigen Kosten der Unterkunft – einschließlich angemessener und an der Migrationsentwicklung orientierter Vorhaltekosten – übernehmen. Daneben muss der Bund auch die Kosten der Integrationsleistungen in Schule, Kita und Beruf erstatten.

Wasserstoffhochlauf pragmatisch, schnell und technologieoffen voranbringen

Wasserstoff ist der Schlüssel für eine starke und klimafreundliche Volkswirtschaft. Um die Vorteile der Wasserstoffnutzung breit zu entfalten, müssen die Weichen schnellstmöglich gestellt werden. Wir wollen und können Wasserstoff-Weltmeister werden. Dafür hat die vorherige Bundesregierung unter Führung der CDU/CSU im Jahr 2020 die erste Nationale Wasserstoffstrategie verabschiedet, die auch international weithin für Anerkennung gesorgt hatte. Die Ampel zögert, unsere Antworten als CDU/CSU-Fraktion für einen beschleunigten Wasserstoffhochlauf sind hingegen sehr klar: Wasserstoffherzeugung und Importe müssen emissionsfrei bzw. -arm sein, aber nicht von Beginn an ausschließlich „grün“; die Wasserstoff- Infrastruktur muss von Beginn an ganz Deutschland einbeziehen und europäisch vernetzt sein; Anwendungsfelder für Wasserstoff ergeben sich in einem dynamischen Markthochlauf und sind nicht vorab politisch festzulegen; in Forschung und Entwicklung muss Deutschland wieder international führend werden.

In meiner digitalen DialogWERKSTATT im April dieses Jahres hatte ich gemeinsam mit Andreas Jung CDU/CSU Fraktion, Katharina Fraune, Leiterin Nachhaltige Transformation bei der Evonik Operations GmbH, Heinz-Werner Hölscher, badenova AG & Co. KG, und 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutiert, welche Bedeutung Wasserstoff für die Wirtschaft im Dreiländereck hat und, ob Wasserstoff Treiber einer neuen, grünen Zukunft sein kann.

**Meine Teilnahme an der 9. Sitzung der Deutsch-Französischen
Parlamentarischen Versammlung in Straßburg**



Am 22. Mai kamen Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Assemblée Nationale in Straßburg zusammen und debattierten gemeinsame Forderungen an die Regierungen Deutschlands und Frankreichs.

Eine der Forderungen an die Exekutive beider Nationen war, eine konkrete Strategie zu verfolgen, um den Deutschunterricht in Frankreich und den Französischunterricht in Deutschland wiederzubeleben. Besondere Anerkennung verdiene die besondere Rolle von Lehrkräften. In diesem Zusammenhang appellierten die Volksvertreter dafür, den generationenübergreifenden Erwerb europäischer Sprachen in Schule, Ausbildung, Studium und beruflicher Weiterbildung grundsätzlich zu fördern.

Eine weitere Forderung lautete, eine Arbeitsgruppe „Außen- und Sicherheitspolitik“ im Rahmen der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung einzusetzen, um unter anderem den strategischen Kompass der Europäischen Union unter dem deutsch-französischen Blickwinkel zu verfolgen, den europäischen Pfeiler der NATO zu begleiten und ein gemeinsames Verständnis über einen integrierten Sicherheitsansatz zu entwickeln, den zivilen Katastrophenschutz und Krisenmanagement zu stärken und eine gemeinsame technologische und industrielle Verteidigungsbasis auf EU-Ebene aufzubauen.

Zudem gab es eine gemeinsame Befragung des französischen Ministers für Wirtschaft, Finanzen sowie industrielle und digitale Souveränität, Bruno Le Maire, und des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Robert Habeck. Schließlich wurde über die Situation und die europäischen Perspektiven des westlichen Balkans debattiert.

Der Austausch hilft sehr, die unterschiedlichen Ansätze beider Nationen und Kulturen zu verstehen, aber auch die vielen Gemeinsamkeiten, die es zweifelsohne gibt, weiter auszubauen.

Treffen mit der Geschäftsleitung der Arbeitsagentur Lörrach-Waldshut und des JobCenters Lörrach in Berlin



Trotz der bestehenden Unsicherheiten infolge des Ukraine-Krieges zeigt sich der regionale Arbeitsmarkt als stabil. Darüber haben sich die CDU-Bundestagsabgeordneten Diana Stöcker (Wahlkreis Lörrach-Müllheim) und Felix Schreiner (Wahlkreis Waldshut) mit Horst Eckert, Leiter der Arbeitsagentur Lörrach und Jürgen Kurz, JobCenter Lörrach, sowie Jennifer Schmucker, Geschäftsführerin Operativ der Arbeitsagentur Lörrach, und Melanie Payer, Presse und Marketing der Agentur für Arbeit Lörrach, ausgetauscht.

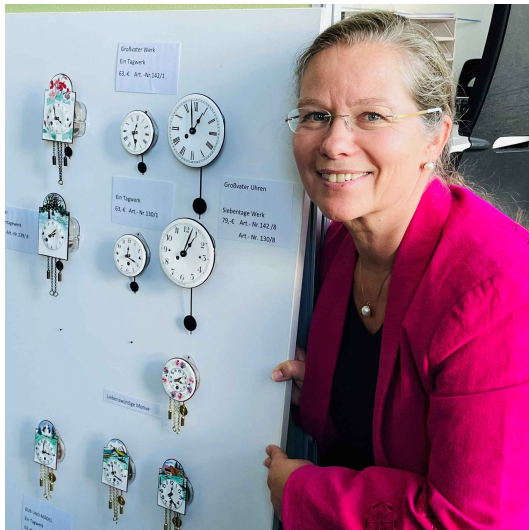
Eckert berichtet über die Arbeitsmarktentwicklung in seinem Agenturbereich: Die Beschäftigung nimmt zu. Lediglich aufgrund der Ukraine-Flüchtlinge steigt die Arbeitslosenquote leicht an. Große Probleme bereitet die demographische Entwicklung, die das ohnehin zu geringe Arbeitskräfteangebot noch weiter schrumpfen lassen wird.

Stöcker und Schreiner betonen, dass aufgrund des großen Arbeitskräfte- und Fachkräftebedarfs alle Möglichkeiten genutzt werden sollten, um bei der Fachkräftesuche im Ausland bürokratische Hürden und Sprachbarrieren für die Aufnahme einer Tätigkeit zu

senken. „Die hat Union in der letzten Legislaturperiode das Fachkräfteeinwanderungsgesetz 2019 beschlossen – das erste überhaupt. Damit haben wir bereits einen guten Rechtsrahmen geschaffen. Wir brauchen internationale Programme und vereinfachte Zugangs- und Anerkennungsverfahren“, so Stöcker und Schreiner. Stöcker und Schreiner stimmen der Einschätzung von Eckert und Kurz zu: Ohne deutlich mehr Fachkräfte aus dem Ausland können wir Wirtschaft, Wohlstand und soziale Sicherungssysteme nicht stabil halten.

Eckert und Kurz betonten die zunehmende Bedeutung der beruflichen Weiterbildung. Qualifizierung ist ein unabdingbarer Weg, um Arbeitslosigkeit zu verhindern und Beschäftigte zu neuen Aufgaben zu befähigen: Im Agenturbezirk hat jeder fünfte Beschäftigte zwischen 20 und 35 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Tendenz ist steigend. Bei älteren Menschen ab 55 Jahre liegt der Anteil bei 9,5 Prozent.

Neues aus dem Wahlkreis



Besuch in der inkludierenden Caritaswerkstatt in Heitersheim

Besuch der Zweigwerkstätte der inkludierenden Caritaswerkstätten St. Georg in Heitersheim am neuen Standort mit dem Stadtverband CDU Heitersheim: Die Werkstätten bieten 120 Menschen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung Beschäftigung. Sie werden begleitet und gefördert, beruflich qualifiziert und sozial rehabilitiert. Die Kundinnen der Werkstatt kommen aus Industrie, Handwerk, Handel, Behörden oder sind Privatleute.

Besonders spannend war für mich die Produktion der traditionellen Wintermantel-Wanduhren: hochwertige beliebte Wanduhren, ein Eigenprodukt. Die Bauteile stammen aus dem Schwarzwald und der Schweiz sowie aus anderen Werkstätten des Verbandes. Die Beschäftigten bearbeiten angelieferte Teile weiter, reinigen sie im Ultraschallbad, montieren und feinjustieren die Uhrenwerke und Uhren. Die so hergestellten Wintermantel-Wanduhren können über die Werkstätte oder direkt im Onlineshop bestellt

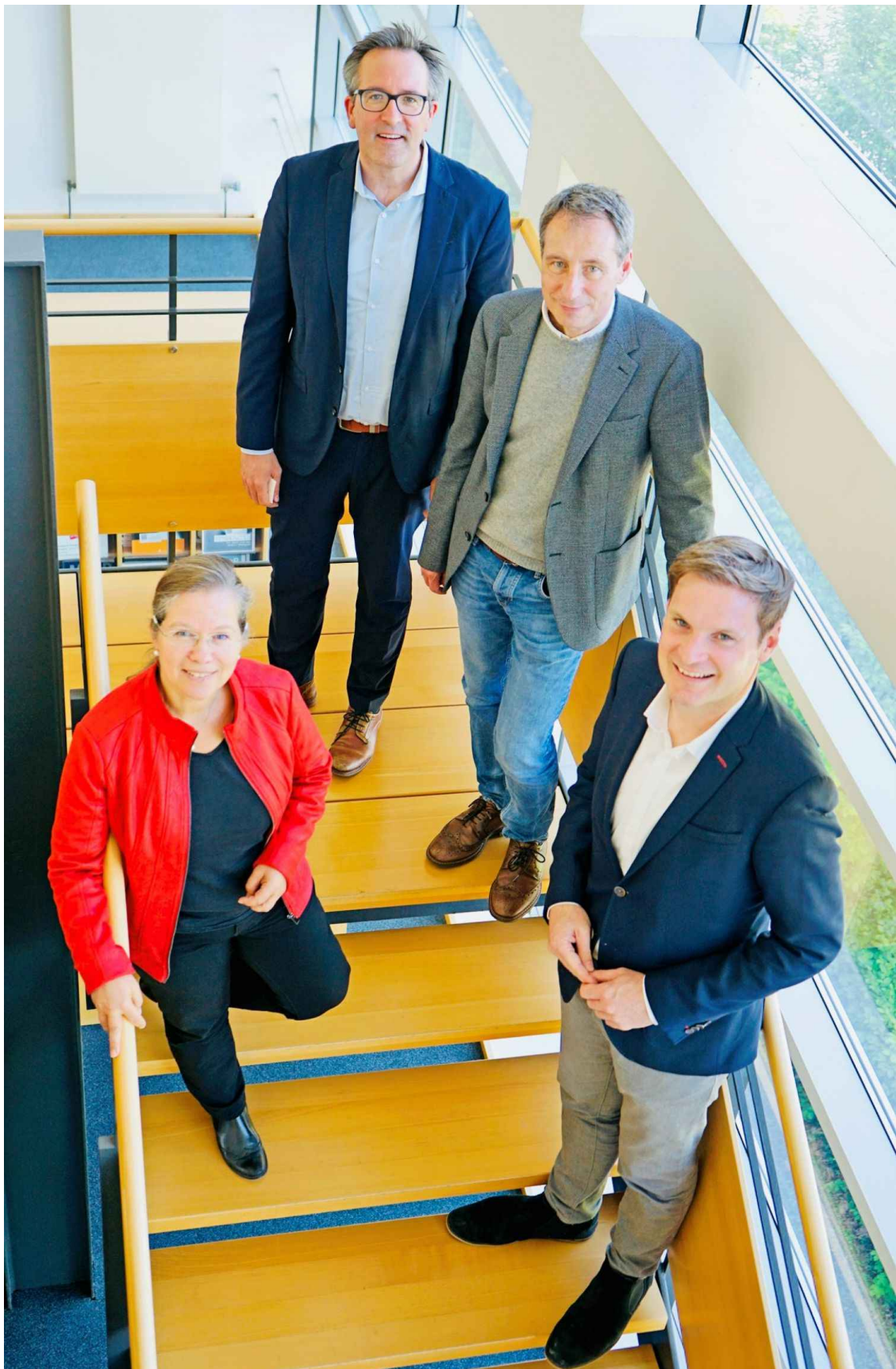
werden.

Vor dem Umzug war die Werkstatt im Heitersheimer Malteserschloss untergebracht. Auch wenn ein historischer Standort immer auch eine hohe Identifikation bietet: der neue Standort ist wunderbar hell und nach neuesten barrierefreien Standards gebaut und ein erfolgreiches Leuchtturm-Projekt, das auch erhebliche Verbesserungen für die Betreuung und die Arbeit der Heilerzieherinnen und Heilerzieher darstellt.

Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf umfassende Teilhaben und damit ein Recht auf. Trotz vieler Fortschritte ist die Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Behinderungen noch immer höher als bei nicht behinderten Menschen. Als Unionsfraktion haben wir in den letzten Jahren viele gute Maßnahmen auf den Weg gebracht, um den inklusiven Arbeitsmarkt zu stärken. Von der neuen Bundesregierung erwarten wir, dass sie weiter am Ball bleibt.

Vor Ort begleitet wurden Martin Schaber und ich von Uwe Hammerstein (Werkstattatrat), Alexander Baum (Werkstattleiter), Nora Kelm (Pressesprecherin, Caritasverband Freiburg-Stadt) und Rafael Wicik (Caritasverband Freiburg-Stadt, Leitung der Abteilung Arbeit und Berufliche Kompetenzen).

Besuch beim Medizinischen Dienst Baden-Württemberg in Lahr

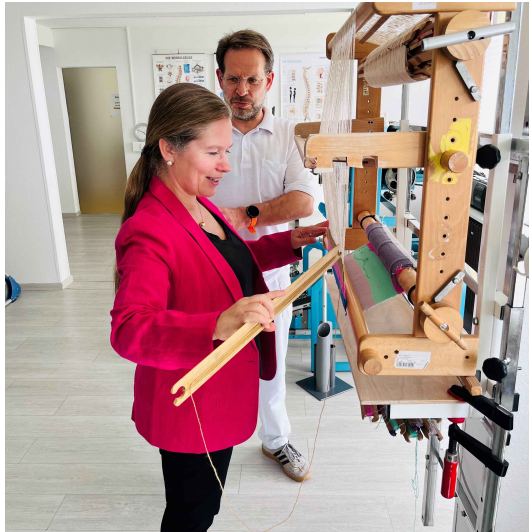


Gemeinsam mit meinem Bundestagskollegen Yannick Bury MdB habe ich die Hauptverwaltung des Medizinischen Dienstes in Lahr besucht und mit dem Vorstandsvorsitzenden Andreas Klein und Leitenden Arzt Dr. Thomas Rösel über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Gesundheitswesen ausgetauscht: Um auch bei einer weiteren Zunahme pflegebedürftiger Menschen zeitnahe Begutachtungen sicherstellen zu können, führt an digitalen Begutachtungsformaten wie Videobegutachtungen oder Telefon-Interviews künftig kein Weg vorbei, um die

Begutachtungsverfahren zu flexibilisieren, aber auch Patientinnen und Angehörigen entgegenzukommen. Dies wurde nun auch im neuen Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz so geregelt. Die Zahl der Einzelfallgutachten Pflege sind übrigens von 2016 auf 2022 um 47 Prozent gestiegen – Tendenz weiter steigend.

Daneben bewegt die Medizinischen Dienste die anstehende Krankenhausreform, bei der sie ihre vielfältige Expertise aktiv als Dienstleister für alle Akteure des Gesundheitswesens anbieten werden.

Besuch in der Reha-Klinik Hausbaden in Badenweiler



Richtige Haltung beim Stehen und gesunde Ernährung: Beim Klinikrundgang Reha-Klinik „Hausbaden“, Badenweiler, mit Martin Heßberger, Geschäftsführer der DR. SPANG Reha-Kliniken und den Chefarzten Burkhard Zentgraf und Götz Burgard waren auch das Themen.

Im Mittelpunkt des Gesprächs in der Fachklinik für Orthopädie, Psychosomatik und Psychotherapie standen jedoch die Kernprobleme Finanzierung und Fachkräftemangel.

Die Reha-Kliniken leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge: Sie tragen dazu bei, die Gesundheit von Patienten wiederherzustellen, Folgeerkrankungen zu verhindern, Lebensqualität zu verbessern, Patienten und Angehörige zu unterstützen und das Gesundheitssystem so nachhaltig zu entlasten. Jeder Euro, der in die Reha investiert wird, erbringt einen volkswirtschaftlichen Gewinn von fünf Euro.

Einig waren wir uns, dass die Eigenverantwortung der Menschen über ihre Gesundheit wieder gestärkt werden muss. Dazu gehört, die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung - angefangen von Angeboten in KITA und Schule - zu stärken. Reha trägt in der Schulung von Kompetenz und Prävention bei Erwachsenen eine wesentliche Rolle.

Finanzierung: Bei nahezu allen bundesweit 1.200 ambulanten und stationären Reha- und Vorsorgeeinrichtungen mit rund 150.000 Beschäftigten ist die Lage durch den Anstieg der Betriebs- und Wareneinkaufskosten sehr angespannt: Trotz der Gas- und Strompreisbremse muss die Reha-Klinik Hausbaden eine 6-fache Steigerung der

Gaspreise und eine 2,8 Fache-Steigerung der Strompreise gegenüber 2021 verkraften.

Zeitversetzte Bezahlung der Leistungen durch die Kostenträger verstärkt den Druck auf die Liquidität der Kliniken. Vergütungssätze langfristig fixiert und unterjährige Anpassung der Kostensteigerungen nicht möglich. Der beschlossene Energiekostenzuschuss für Erdgas, Wärme und Strom in 2022 ist bis heute noch nicht zur Auszahlung gekommen ist. Die bedarfsgerechte Finanzierung der Reha-Kliniken bleibt daher ein brennendes Thema.

Augenblicke



... in Straßburg bei der 9. Versammlung der Dt.-Frz. Parlamentarischen Versammlung ...
und beim Interview mit dem SWR/ARD-Hauptstadtstudio im Anschluss an meine Rede ...



... am Schulfest an der Helen-Keller-Schule in Maulburg mit Schulleiter Norbert Fisel und Landrätin Marion Dammann ... und beim Mittagstalk mit Bundestagskolleginnen und -kollegen sowie Unternehmerinnen und Unternehmern auf Einladung der Vereinigung Badischer Unternehmen über u.a. Fachkräftemangel, Energieversorgung, Bürokratie

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

Donnerstag, 01. Juni: Vorstandssitzung CDU Rheinfeldern

Freitag, 02. Juni, 12 - 13:30 Uhr: Wirtschaftsrat, Restaurant Kranz

05. - 08. Juni: Reise des Bundestags-Ausschusses für Gesundheit nach Dänemark

Montag, 12. Juni: Vorstand und Mitgliederversammlung Aktion Psychisch Kranke e.V.

12. - 16. Juni: Plenarwoche Bundestag Berlin

Samstag, 17. Juni:

20 Jahre Jubiläum der trinationalen S-Bahn Basel im Wiesental mit Zugtaufe

Tag der offenen Tür zum 50jährigen Jubiläum des Landkreises Lörrach

19. - 23. Juni: Plenarwoche Bundestag Berlin

Mittwoch, 21. Juni, 18 - 19:30 Uhr: DialogWERKSTATT „Long COVID“: „Diagnose, Forschung, Therapien - Zukunftschancen für Long COVID und ME/CFS erkrankte Kinder und Erwachsene in Deutschland verbessern“

Donnerstag, 22. Juni: Arbeitskreis Gesundheit und Pflege CDU Südbaden (digital)

Samstag, 24. Juni:

Blaulicht-Tag, Weil am Rhein

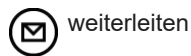
Frauen Union CDU Südbaden Bezirksdelegierten-Tag, Binzen

Zukunft Landwirtschaft - Ernährungssicherheit in unsicheren Zeiten, Fachgespräch zur Zukunft des ländlichen Raumes mit Christina Stumpp, stellvertretende

Generalsekretärin der CDU Deutschland

Dienstag, 27. Juni: Besuch beim „Service für grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung“ (Straßburg/Ortenau) in Kehl

Freitag, 30. Juni: Plenarversammlung, Districtsrat, Trinationaler Eurodistrict Basel (TEB), Basel-Stadt



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de